

Bezugs-Preis
In der Hauptexpedition oder den im Stadtgebiet und den Bezirken errichteten Verkaufsstellen abgeholt: vierteljährlich 4.50, — zweimaliger halbjährlicher Bezahlung im Voraus 8.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich 4.60, für die übrigen Länder laut Preisangabe.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8,
Telefon 163 und 192.
Filialredaktionen:
Miksch-Gohs, Buchhändler, Unterbörsenstr. 8,
R. Böhm, Buchhändler, 14. u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Steinerner Straße 6,
Telefon Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königsplatz 116,
Telefon Nr. VI 3098.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
Die 6gepaltenen Zeitzeile 25 A.
Reklamen unter dem Rubrikationspreis (4gepalten) 75 A, vor dem Beilagenanhang (6gepalten) 60 A.
Tabellarischer und Differenzial entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenanfragen 25 A (vgl. Bezo).

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, eine Nachlieferung 4 00, mit Nachlieferung 4 70.

Annahmeschluss für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Holz in Leipzig.

Nr. 622.

Sonntag den 7. Dezember 1902.

96. Jahrgang.

Zur gest. Beachtung.

Den verehrten Abonnenten unseres Blattes, sowie allen weiteren Interessenten desselben teilen wir hierdurch mit, daß wir, den schon seit Jahren aus den verschiedensten Kreisen an uns herangetretenen Wünschen nachkommend, das Abonnement vom Januar ab auf nachstehende Sätze ermäßigt haben:

Ein Abonnement auf das „Leipziger Tageblatt“ kostet vom 1. Januar 1903 ab in der Hauptexpedition, Johannisgasse 8, wie in deren Filialen und Ausgabestellen

- bei Abholung von diesen Stellen . . . monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark,
- bei täglich zweimaliger freier Zustellung monatlich 1 Mark 25 Pfg., vierteljährlich 3 Mark 75 Pfg.,
- durch die Post bezogen monatlich 1 Mark 50 Pfg., vierteljährlich 4 Mark 50 Pfg.

Das „Leipziger Tageblatt“, das zweitumfangreichste Blatt des Deutschen Reichs, erscheint wie bisher wöchentlich 15 mal und wird auch ferner seine Leser auf das schnellste über alle wichtigen Weltbegebenheiten auf politischem wie auf allen anderen Gebieten unterrichten. Insbesondere wird es auf das eingehendste die sächsischen Angelegenheiten behandeln, in interessant geschriebenen Leitartikeln aus der Feder hervorragender Politiker die Weltlage beleuchten, Kunst und Wissenschaft, sowie ein gewähltes Feuilleton pflegen, wie auch fortlaufend in der Abendnummer einen größeren Roman bringen.

Der Handelsteil wird seinen weit über die Grenzen Sachsens verbreiteten guten Ruf zu wahren wissen durch prompte und absolut unparteiische Berichterstattung. Der in eigener Offizin täglich nach Börsenschluß fertiggestellte vollständige amtliche Kurszettel der Leipziger Börse erscheint regelmäßig in der Abendnummer, ebenso wöchentlich eine allgemeine Verlosungsbeilage.

Die vollständige Gewinnliste der Königlich Sächsischen Lotterie wird wie bisher bereits am Tage der Ziehung in unserem Blatte zur Veröffentlichung gelangen.

Expedition des „Leipziger Tageblattes.“

Aus der Woche.

In einer spaltenlangen Wiener Korrespondenz hat der „Vorwärts“ denjenigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die es etwa noch nötig haben, auf Grund der untrüglich bekannten Wiener Erfahrungen gute Lehren über die Art erteilt, wie die parlamentarische Opposition sich auf die Spitze treiben läßt. Das „große“ Wasser des österreichischen Reichstages vermochte sich indessen für den deutschen Reichstag selbst während der abgelaufenen Woche nicht in seinem vollen Aufwande geltend zu machen. Immerhin hat es bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion so viel Nachwirkung gehabt, daß man sich zu dem Beschlusse gezwungen sieht: der deutsche Reichstag ist in seinem sozialdemokratischen Bestandteil auf das österreichische Niveau herabzusetzen. Gemeinames Brüllen, Schimpfsprüche einzelner, Widerstand gegen Maßnahmen des Präsidenten, ewiges Wiederholen ausförmlicher Anträge und ewiges Wiederholen des Verlangens nach namentlicher Abstimmung lassen hierüber leider nicht den geringsten Zweifel zu. Der Präsident der sozialdemokratischen Parteitag, „Genosse“ Singer, hat als erster Führer der sozialdemokratischen Partei offenbar den Ehrgeiz gehabt, auch auf dem Gebiete der parlamentarischen Judikialität die Erste unter den „Genossen“ zu sein. Dergleichen in Bezug auf seinen Ausschluß von der Sitzung ein Mißverständnis des Präsidenten als Entschuldigung für die Ausschließung der sozialdemokratischen Heißspornen gegen den Hüter der Ordnung herangezogen werden darf, führt der Zwischenfall doch zu der Frage, ob der Präsident des deutschen Reichstages auf die Dauer der Exekutivgewalt für seine Maßnahmen entraten kann oder ob nicht nach englischer Muster auch im deutschen Reichstage Personal bereit gehalten werden muß, das die Verfügungen des Präsidenten auflösenden Reichstagsabgeordneten gegenüber durchführt.

Doch es ist sich bei dem abscheulichen Verhalten der Sozialdemokratie, der die freisinnige Vereinigung immer noch als gefügiges Werkzeug dient, nicht um einen Kampf für die Sache, sondern um einen Kampf für die Zeit handelt, hat der Abgeordnete Richter am 1. Dezember in meisterhafter Weise dargelegt. Diese Rede des demokratischen Parteiführers ist nicht nur für die unmittelbare Gegenwart von der höchsten politischen Bedeutung, sondern wird sie für alle Zukunft behalten, weil sie das Wesen der parlamentarischen Opposition im allgemeinen mit unüberleglicher Schärfe charakterisiert. Gegen die Kennzeichnung, die Richter der parlamentarischen Minderheit wegen ihrer Anwesenheit gegen den Grundgedanken der Parlamentarismus und wegen ihres Anspruches auf ein justen-

ses Veto zuteil werden ließ, ist in der Tat vom parlamentarisch-demokratischen Standpunkte aus beim schlechtesten Willen nichts Erhebliches einzusehen. Von besonderem Eindruck vollends mußte es sein, wenn Richter der Mehrheit des Reichstages das moralische Recht zu ihrem im Antrage Kardoff zugehörigen Vorgehen durch das Votum des Reichstages: nur eine jammervolle Mehrheit würde der Opposition gegenüber still halten. Trotz dieser Pfeil auch jene nationalliberalen Wortschreiber des Antrages Kardoff, die der nationalliberalen Reichstagsfraktion zwar noch einigen Monaten das moralische Recht zur Unterstützung des Antrages Kardoff einräumen, jetzt aber von einem Bruch, einer Verewaltung der Geschäftsordnung, einem parlamentarischen Staatsstreich reden, so vermundete Richter ausdrückliche Absage an die parlamentarische Praxis Österreichs die kurzzeitigen Sportpolitiker an der Donau. Gestillt war noch härtnischer Verfall das Echo, das im deutschen Reichstage laut wurde, als Richter ausrief: „Sollte der Reichstag, dem ich über 31 Jahre angehört, jemals ein Bild wie der österreichische darstellen, dann würde ich es für keine Ehre mehr halten, einer solchen Körperschaft anzugehören und angehört zu haben.“

Wurde über dieses im Munde eines Demokraten doppelt mannhafte Gesandnis in der Wiener Presse abfällig gerichtet, dann spielten dabei aber Zweifel wirtschaftspolitische Motive mit. Die freihändlerischen Blätter Wiens vom Schlage der „Neuen Freien Presse“, der „Zeit“ u. sind nicht im Zweifel darüber, daß das Gelingen des deutschen Reichstages eine Verhärtung der wirtschaftlichen Richtung Deutschlands bedeutet. Daher ist ihnen die Aussicht auf das Gelingen des Zolltarifs nicht weniger verdrießlich, als ungetreuen guten Freunden jenseits des Kanals und jenseits der Sojeken. Die Kritik, welche die „Times“ und der „Temp“ an der Reichstagsmehrheit üben, erklärt sich vollkommen aus dem wirtschaftlichen Interesse, die das Ausland daran hat, das Deutsche Reich möglichst ungerührt in den Streit um die Erneuerung der Handelsbeziehungen eintreten zu sehen. Die rasche Durchsetzung des Zolltarifs, die vielleicht mancher vom Antrage Kardoff erwartete, hat sich allerdings nicht ergeben lassen. Aber trotzdem war es politisch richtig, daß die Reichstagsmehrheit dem Kartoff, den Antrag Kardoff zurückzuweisen und einen „Ausweg“ unter „Verständigung“ mit der Minderheit einzuschlagen, nicht gefolgt ist. Nachdem die Sozialdemokratie in solcher Brutalität die Nachfrage aufgeworfen hat, muß der Kampf mit voller Energie bis zum Ende durchgeföhrt werden. Ein neues Mittel zur Durchsetzung der sozialdemokratischen Verschleppungspolitik ist der Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung. Wenn er auch nicht, wie von freisinniger Seite behauptet wird, eine Diktatur des Präsidenten und die

völlige Gefrorenung der Winterzeit bedeutet, so erscheint es uns doch empfehlenswert, das „freie Ermessen“ des Präsidenten auf den Schluß der Geschäftsordnungsbekanntmachung zu beschränken, um zu verhindern, daß der Präsident das Wort zur Erklärung einer Geschäftsordnungsbekanntmachung überhaupt nicht erteilt.

Der parlamentarischen Erklärung auch dieser Geschäftsordnungsbekanntmachung wird es erprießlich sein, wenn im konservativen Lager darauf verzichtet wird, durch „scharfmacherische“ Auslassungen, wie sie in der „Neuzeitung“ und in einer Versammlung des konservativen Vereins der Mark Brandenburg getan worden sind, der Sozialdemokratie erwünschtes Agitationsmaterial zuzuföhren. Nicht minder erwünscht aber kommen der Sozialdemokratie naturgemäß solche Kundgebungen nationalliberalen Ursprungs, die gegen die Unterstützung des Antrages Kardoff durch die nationalliberale Fraktion gerichtet sind. Je klarer es ist, daß die Fraktion jenen Schritt nicht rückgängig machen kann, um so berechtigter ist der scharfe Abwehr, mit welcher der „Schwäbische Merkur“ und andere, namentlich süddeutsche Organe jene Kritik zurückgewiesen haben. In vollständigster Übereinstimmung mit dem Ziele der sozialdemokratischen Opposition befindet sich auch jetzt noch die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“. Als Freund des Vaterlandes und der nationalen Arbeit“ wünscht sie „unbedingt“, daß das Zollschiff „noch in letzter Stunde angedacht des Hafens Schiffbruch erleide“. Es trifft sich gut, diesem Basilio-Wunsche eine Erklärung des händigen Ausschusses des deutschen Landwirtschaftsrats gegenüberstellen zu können. Dieser hat zwar mancherlei am Zolltarif in seiner jetzigen Gestalt anzuhängen, erkennt indessen gleichwohl die „sehr wesentlichen Verbesserungen“ im Vergleich mit dem geltenden Zolltarif an. Dabin zählt der Ausschuss die Erhebung des Generaltarifs für fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die Einführung von Wertzöllen für Pferde, von Gewichtszöllen für die übrigen Viehgattungen, die Einführung von Ursprungszeugnissen, die Beschränkung der gemischten Transitslager, die Aufhebung der Zollkredite und die sofortige Gültigkeit der Einfuhrscheine bei der Ausfuhr von Getreide. Zur richtigen Würdigung aller dieser Punkte hat den Ausschuss des Landwirtschaftsrats die Möglichkeit einer Verlängerung der geltenden Handelsverträge mit ihren niedrigen Zöllen benoten.

Eine capitis dominatio hat der weiße Fürst-Regent von Neuchâtel in schonungsloser Form an seinem Bundesratsbevollmächtigten von Meding vollzogen, indem er den gemeinschaftlichen Stellvertreternden Bundesratsbevollmächtigten der thüringischen Staaten, provisorisch weimarsischen Geh. Legationsrat Paulsen, feinstreift für Neuchâtel als solchen bestellte. Herr von Meding, bisher alleiniger

Bundesratsbevollmächtigter für Neuchâtel, wird hierdurch der Aufgabe enthoben, in eigener Person die angreifende Note nach Berlin zu unternehmen, wo er früher durch sein welt-historisches „Rein!“ gelegentlich dem Sozialdemokraten, Welfen und Gesinnungsverwandten eine Erquickung bereitet. Nunmehr entlastet, wird Herr von Meding zeigen müssen, wie lange er „auch anders kann“!

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Dezember. (Der Zinssatz der Reichsanleihen.) Die dem Reichstage zugegangene Denkschrift über die Ausfuhrung der seit 1873 erlassenen Anleihegesetze lenkt die Aufmerksamkeit auf den Zinssatz der Reichsanleihen. Derselbe beträgt für die konvertierte 3-prozentige Reichsanleihe 3,587 Prozent, für die 3-prozentige Reichsanleihe 3,438 Prozent. Die tatsächliche Verzinsung des gesamten, bis Ende 1902 aufgenommenen Anleihebestandes liegt sich im Durchschnitt auf 3,460 Prozent. Diese Zahlen rufen die Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß der 3-prozentige Zinssatz unserer Reichsanleihe lediglich ein nomineller ist, und daß in Wirklichkeit die Reichsanleihen mit annähernd 3-prozentig verzinst werden müssen. Trotz des zunehmenden Wohlstandes und Kapitalreichtums hat sich eben in Deutschland ein tatsächlicher Zinssatz von 3 Prozent als unüberwindlich erwiesen. Selbst in der unmittelbaren Gegenwart, wo infolge der wirtschaftlichen Depression das besagte Publikum in hohem Grade sich von dem Industrierenten ab- und den selbsterzielten Anlagepapieren zugewandt hat, konnte die Reichsverwaltung eine 3-prozentige Anleihe nur zum Kurse von 99,20 Prozent verkaufen. Erwägt man, welche Verluste der Nationalreichtum dadurch erlitten hat, daß die große Menge der kleinen und mittleren Sparers Indusierwerte und unsichere, höherverzinsliche Anlagepapiere deshalb erwerben, weil sie mit dem niedrigen Zinssatz unserer heimischen Staatsanleihen nicht auskommen können, so wird man zu der Überzeugung gelangen, daß die durch den niedrigen Zinssatz für die Reichsverwaltung erzielte Ersparnis, im Grunde genommen, doch recht teuer erkauft ist.

Berlin, 6. Dezember. (Die Reichstags-erfassung in Danzig und die gegenwärtige parlamentarische Lage.) Die „Germania“ hat es sehr eilig, die gegenwärtige parlamentarische Situation zu ihren Gunsten auszuföhren. In der ersten Hälfte des Jahres findet bekanntlich die Reichstagswahl in Danzig statt. Die „Germania“ schlägt nun vor, dem Bewerber der freisinnigen Vereinigung einen gemeinsamen Kandidaten der konservativen und des Zentrums entgegenzusetzen. In, sie beantragt sich nicht einmal mit einer Allianz dieser Parteien, sondern sie will alle konservativen bestehenden Parteien zu gemeinsamen Vorgehen zusammenföhren, um möglichst die freisinnige Vereinigung aus dem Felde zu schlagen und sie dadurch für ihre Verdrüßung mit der Sozialdemokratie bei der gegenwärtigen Opposition im Reichstage zu bestrafen. Wir haben das gegenwärtige Verhalten der freisinnigen Ver-